

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Beteiligung des Freistaats Bayern an der Strategischen Umweltprüfung zur "Energierategie Tschechien" (Drs. 17/97)**

**Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote:** Ich eröffne die Aussprache. Erste Rednerin ist die Kollegin Steinberger. Sie steht bereits hier. Bitte schön.

**Rosi Steinberger (GRÜNE):** Wir wollen ja alle etwas Zeit sparen, denn die Zeit ist ja schon fortgeschritten. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute schon viel über eine Energie der Zukunft gesprochen. Jetzt muss ich Sie zu einer Energie der Vergangenheit mitnehmen. Woran denken Sie, wenn Sie den Namen Temelin hören? Ich vermute, es geht Ihnen da genauso wie mir. Ich denke bei Temelin an ein Atomkraftwerk, das vor allem durch unzählige Pannen und Störfälle aufgefallen ist. Dieses AKW steht in Tschechien, etwa 60 Kilometer von der bayerischen Grenze entfernt. Damit ist auch klar: Ein atomarer Unfall in Temelin würde sich unmittelbar auf die Sicherheit des angrenzenden Bayern auswirken.

Was hat das nun mit unserem Antrag zu tun? Im letzten Jahr hat die tschechische Regierung ein Energiekonzept vorgelegt. Darin ist unter anderem ein deutlicher Ausbau des AKW Temelin vorgesehen, und zwar um zwei weitere Blöcke. Nach EU-Recht ist es nun möglich, dass sich angrenzende Länder an einem Verfahren zur Strategischen Umweltprüfung dieses Energiekonzeptes beteiligen. Das gilt nicht nur für die Bundesrepublik Deutschland, nein, es gilt auch für den Freistaat Bayern.

Dieses Verfahren sieht eine umfassende Bürgerbeteiligung vor. Jeder interessierte Bürger kann seine bzw. ihre persönlichen Einwendungen vorbringen.

Bereits im Mai letzten Jahres wurde die Staatsregierung von dieser Möglichkeit unterrichtet, nur: Bayern hat daran anscheinend kein Interesse. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, können Sie heute ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Nun werden Sie von der CSU mir antworten, dass Bayern ja durchaus nicht untätig war. Und es stimmt, Bayern hat auch schon etwas getan: Bayern hat einen Brief an das Umweltministerium des Bundes geschrieben. Darin steht sinngemäß, dass sich der Bund darum kümmern soll. Wir haben in Berlin einmal nachgefragt, was denn der Bund in dieser Angelegenheit bisher unternommen hat. Die Antwort kam passend gestern von meiner GRÜNEN-Kollegin Frau Kötting-Uhl, und es hat sich herausgestellt: Der Bund hat in dieser Angelegenheit überhaupt nichts getan.

So. Was tut nun Bayern? Bayern tut das Gleiche wie der Bund, nämlich überhaupt nichts. Das finde ich jetzt ein wenig komisch, denn sonst tritt Bayern doch gerade in der Energiepolitik so selbstbewusst auf und schlägt immer einen eigenen Weg ein; wir haben es heute eindrücklich gehört. Wie schaut es jetzt aus? Bei der Windkraft bremsen und bei der Atomkraft die Augen zumachen – ist das vielleicht der bayerische Weg? Dazu sagen wir: Nein danke!

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Hierzu empfehle ich noch einen Blick nach Oberösterreich. Dort hat man nämlich gehandelt. Die Öffentlichkeitsbeteiligung wurde durchgeführt und bereits abgeschlossen. Über 4.000 Einwendungen wurden vorgebracht. Es ginge also, man muss es nur wollen. Aber Sie wollen offensichtlich nicht. Es genügt auch nicht, dass das bayerische Wirtschaftsministerium eine Stellungnahme nach Tschechien schickt. Wir wollen eine echte Beteiligung der Öffentlichkeit. Deshalb zum Schluss mein Appell: Zeigen Sie, dass Bayern auch über den Tellerrand hinausschauen kann! Unterstützen Sie die Anliegen der Oberfranken, der Oberpfälzer und der Niederbayern, die an Tschechien angrenzen und sich schon seit Langem gegen das AKW in Temelin einsetzen, das Sie selbst ja auch nicht mehr wollen!

Der Ministerpräsident ist nicht mehr hier. Ich nenne ihn auch nicht mehr Ministerpräsidenten, sondern ich nenne ihn "König Horst". "König Horst" hat doch einen großen Gefallen an einer Koalition mit dem Volk gefunden. Deshalb bitte ich Sie: Geben Sie sich einen Ruck! Zeigen Sie, dass Ihnen die Energiepolitik im Nachbarland nicht egal ist. Stimmen Sie unserem Antrag im Interesse der bayerischen Bevölkerung und im Interesse einer gemeinsamen und zukunftsfähigen europäischen Energiepolitik zu!

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)